

Klaus von Dohnanyi

Die Europäische Union – vom Traum zur Mühe der Praxis

Europa befindet sich in tiefen Krisen: Wettbewerbsfähigkeit ging verloren; Staatsverschuldungen stiegen dramatisch; das Vertrauen in das Projekt Europa schwindet zusehends. Doch wir führen keine ehrliche Debatte über die Gründe. War es wirklich die Weltwirtschaftskrise, die uns in diese Lage geführt hat? Der Kollaps der Finanzmärkte vor fünf Jahren, dann die realwirtschaftliche Rezession, »the Second Great Contraction«, und nun die sozial schmerzhafteste Last übermäßiger privater und öffentlicher Schulden – sie scheinen doch als Kausalkette eindeutig? Oder ist die gemeinsame Währung der Eurozone der entscheidende Grund für das Aufflammen alter Vorurteile und Spannungen, und beruhte schon der Euro selbst auf einem Missverständnis der Möglichkeiten Europas?

Warum führen wir alles auf die Folgen der in den USA entstandenen großen Wirtschafts- und Finanzkrise zurück und machen Banken und Finanzwirtschaft für den miserablen Zustand Europas verantwortlich? Ist es vielleicht bequem, einen anderen Schuldigen als die eigene Politik der Europäer zu haben? Lassen Sie uns zunächst diese Frage überprüfen.

Zum Kernpunkt der Krise heute: zur Staatsschuldenkrise. Es ist nachweislich falsch, die hohen Staatsschulden in der Eurozone in erster Linie auf die Finanzkrise zurückzuführen. Einige wenige Zahlen zum Verhältnis Schuldenquote/Bruttoinlandsprodukt (BIP), das Maastricht-Kriterium, können das belegen: Deutschland hatte 1980 eine Quote von 30 Prozent Staatsschulden am BIP, 2005, also vor der Krise, schon 69 Prozent; mehr als »Maastricht« erlaubt. Griechenland 1980 etwa 22,5, 2005 dann 101 Prozent; Frankreich 1980 nur 20,7, 2005 aber dann 61 Prozent; Italien 1980 rund 57, dann 2005 schon 105 Prozent. Und so weiter. Die Lage in Spanien und Irland war allerdings anders; hier wirkte in einem ungezügelter Immobilienboom die Krise spürbar.

Die Finanzkrise hat die Probleme zwar verschärft, aber nirgendwo verursacht. Auch ohne sie wäre der staatliche

Schuldenstand in Europa wahrscheinlich von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus weiter angestiegen, und auch die Immobilienblase in Spanien und Irland wäre irgendwann geplatzt. Was war aber dann die Ursache?

Alles resultierte letztlich aus der Unfähigkeit der Politik, sich den Folgen der Globalisierung zu stellen. An Schulden ist nämlich immer zunächst der Schuldner schuld und nicht der Gläubiger!

Auch was Streit und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Europäischen Union angeht, lässt – wie so oft im Leben – der Blick zurück manches rosiger erscheinen, als es war. Schon die Römischen Verträge von 1957, also die Gründungsurkunden der heutigen Europäischen Union, wurden von Großbritannien nicht unterzeichnet. Churchill hatte zwar 1946 in seiner Züricher Rede die »Vereinigten Staaten von Europa« gefordert, aber Großbritannien ausdrücklich ausgenommen. Der Inselstaat, der in diesen Tagen wieder droht, eine spaltende Sonderrolle einnehmen zu wollen, blieb weitere 15 Jahre lang der Wirtschaftsgemeinschaft fern, und nach zögerlichem Beitritt 1973 ertrotzte Großbritannien in den achtziger Jahren eine finanzielle Sonderbehandlung, weil Mrs Thatcher unnachgiebig ihr »money back« verlangte. Großbritannien hat eben gegenüber dem Kontinent seine Sonderrolle niemals aufgegeben.

Frankreich und Deutschland hatten immer wieder versucht, Großbritannien zum Beitritt zu bewegen, bis schließlich 1962 Präsident de Gaulle der Kragen platzte und er Bundeskanzler Adenauer vorschlug, den europäischen Weg mit Deutschland zunächst nur zu zweit zu gehen. Adenauer stimmte zu, aber der aus dieser historischen Stunde geborene Deutsch-Französische Freundschaftsvertrag, der sogenannte »Élysée-Vertrag«, wurde dann unter US-amerikanischem Druck in einer Präambel »atlantisch« so verwässert, dass de Gaulle die Lust daran verlor und auf einen national-französischen Kurs umsteuerte. Dieser führte 1965/66 zur sogenannten »Politik des



leeren Stuhls« Frankreichs, als nämlich die französische Regierung sich weigerte, weiter am Entscheidungsprozess der EWG teilzunehmen (Ursache war ein Streit über Getreidepreise). Die Gemeinschaft wurde um Jahre zurückgeworfen.

Also: Meinungsverschiedenheiten und nationale Interessen waren in Europa nach 1957 immer im Spiel, und es wäre ja auch ein Wunder gewesen, wenn amerikanische Hegemonie 1945 nicht nur die Waffen auf dem seit Jahrtausenden streitenden Kontinent, sondern auch die unterschiedlichen nationalen Identitäten und ihre Interessen hätte zum Schweigen bringen können. Woher aber stammen diese bis heute fortdauernden »nationalen Identitäten«? Um dies besser zu verstehen, müssen wir uns der europäischen Geschichte erinnern.

Alles beginnt mit dem erstaunlichen Aufstieg Europas in der Neuzeit: Warum ließen wir wirtschaftlich und kulturell alle anderen Kontinente so eindeutig hinter uns? Die plausibelste Erklärung der Historiker hierfür scheint mir in der Tatsache zu liegen, dass Geografie und Völkermischung im europäischen Raum eine Vielfalt von Sprachen und Kulturen entstehen ließen, die in der gedrängten räumlichen Nähe – trotz vieler Gemeinsamkeiten – einen intensiven Wettbewerb stimulierten, damit natürlich immer wieder auch kriegerischen Streit! Aber es waren ebendiese höchst kreativen Sprachräume, die eigenständige kulturelle Gewohnheiten und Mentalitäten formten. Der innereuropäische Wettbewerb macht dann Europa zugleich mächtig und zerstritten. Aus den Unterschieden entsprangen Größe und Kraft unseres Kontinents. Gewiss, es gab auch große kulturelle Gemeinsamkeiten: Christentum, Humanismus und die Wurzeln in der Antike. Aber wie in einem großen Wald gleichen sich die Bäume nicht, auch wenn sie auf demselben Boden stehen.

Diese regionalen Prägungen und die geografischen Barrieren haben eine europäische politische Einheit stets verhindert. Man stritt in Europa und verschmolz; man lernte voneinander und konkurrierte zugleich; Regionen, Stämme – und später Nationen – blieben sowohl sprachlich als auch kulturell bestehen. Die Römer unterwarfen zwar Griechenland, mussten aber die Griechen Griechen bleiben lassen; so ging es ihnen auch in Germanien, Gallien und Spanien. Das Heilige Römische Reich deutscher Nation, in dem die Sonne angeblich nicht unterging, wurde von einem in Gent geborenen Kaiser aus der österreichischen Habsburger Monarchie, Karl V., von Madrid

aus regiert, aber die stolzen Niederlande wollten frei sein, fielen unter seinem Sohn vom Reiche ab. Heute sind die Beziehungen Spaniens zu Österreich, dem einst zentralen Sitzland der damaligen Habsburger, nicht anders als etwa zu Frankreich oder zu den einst abtrünnigen Niederlanden. Und noch heute lautet die niederländische, die wohl überhaupt älteste Nationalhymne: »Wilhelmus van Nassou / we ben ik van Duitsen bloed / den Vaderland getrouwe / blijf ik tot in den dood«. Wilhelm von Nassau (oder auch Oranien) war ein Deutscher, aber zugleich der Anführer des Befreiungskriegs im 16. Jahrhundert und niederländischer Nationalität. Und im Kampf um Unabhängigkeit und Sicherheit, vor Sturm und Flut, entwickelten diese Niederlande dann aus dieser Geschichte und aus ihren regionalen Besonderheiten eine bis heute einzigartige Bürgerkultur.

Sind diese Beispiele nur Vergangenheit? Ist Geschichte »bunk« (»Quatsch«), wie Henry Ford einmal meinte? Sicherlich nicht: Geschichte ist eine mächtige, gegenwärtige politische Kraft. Wir Deutschen spüren das täglich, wenn wir uns an Naziterror und Holocaust erinnern – oder daran erinnert werden. Doch in anderen Ländern ist die Macht der Erinnerung kaum geringer. Als vor einiger Zeit Prime Minister Cameron Bundeskanzlerin Merkel mit einer roten Mohnblüte im Knopfloch empfing, werden die meisten deutschen Fernsehzuschauer wohl kaum verstanden haben, was in Großbritannien jedermann wusste: Die Blume war das Symbol für den Sieg Englands über Deutschland im Ersten Weltkrieg, damals im November 1918, also vor fast 100 Jahren. Und im November trägt man deswegen eben in Großbritannien noch heute roten Mohn!

Oder: Wenn in Ungarn das Wort »Trianon« fällt, dann erinnern alle Ungarn – gleichgültig welcher Partei – noch heute zornig an den ungerechten Friedensvertrag von 1919, der Ungarn fast zwei Drittel seines Territoriums nahm – vor nahezu 100 Jahren; und dann polemisiert man eben noch heute gegen jede »Fremdherrschaft«, notfalls auch aus Brüssel.

Die Geschichte derjenigen Völker, die heute etwas vereinfachend gemeinsam als »Europäer« bezeichnet werden, hat – wiederum geografisch, klimatisch und stammeshistorisch bedingt – regional auch höchst unterschiedliche Mentalitäten entstehen lassen.

Als nach den schrecklichen beiden Weltkriegen des vergangenen Jahrhunderts endgültig geklärt war, dass zur



Befriedung Europas kein hegemonialer Weg aus Europa selbst führen könne (Napoleon war ebenso gescheitert wie das faschistische Deutschland), suchte man – nun allerdings unter US-amerikanischer Hegemonie – zur dauerhaften Befriedung einen Weg gleichberechtigter Integration. Und nach allen historischen Erfahrungen war dieser Weg auch der einzig gangbare – und er bleibt es auch! Aber Geschichte ist eben nicht nur Daten und Ereignisse, nicht nur Siege und Niederlagen, nicht nur Kultur und soziale Entwicklung. Geschichte ist auch mächtige Erinnerung, ist nationale Bindungskraft und damit eine durch sie immer wieder mobilisierbare, gegenwärtige Mentalität.

Doch berücksichtigt man das im Einigungsprozess Europas? Was machte man nach 1945? An die Stelle hegemonialer Träume der Vergangenheit trat jetzt ein neuer Traum der ›Vereinigten Staaten von Europa‹. Dabei beachtete man jene geschichtsgeprägten, mentalen Unterschiede der Völker kaum und versuchte die einst so mächtigen nationalen, historisch gewachsenen Bindungskräfte für ein befriedetes Europa durch abstrakte, rechtliche Konstruktionen zu ersetzen. Man orientierte sich dabei sogar bis heute oft an den USA, deren Geschichte doch eine ganz andere war und schließlich auch erst durch einen hegemonialen Bürgerkrieg von Nord gegen Süd zur Einheit geführt werden konnte. Und dann dauerte es doch noch über 100 Jahre, bis ein Präsident der Republikanischen Partei im Süden der USA politisch Fuß fassen konnte – denn Lincoln, der siegreiche Nordstaatler, war Republikaner gewesen! Und so ist es kein Wunder, dass sogar noch heute vieles in den USA viel föderaler organisiert ist, als es Kommission und Parlament in der EU zulassen wollen.

Die Gründungsväter von 1957 allerdings, die Unterzeichner der Römischen Verträge selbst, sogar Jean Monnet (oft als der wichtigste Gründungsvater gepriesen), sie waren damals in ihren Erwartungen bescheidener. Doch schon der erste Präsident der Kommission, Walter Hallstein, Beamter, Jurist und nicht Politiker, verstand unter den von ihm geforderten ›Vereinigten Staaten von Europa‹ einen starken zentralen Staat, geführt von einer Kommission und deren ›Aufsichtsrat‹, den Chefs der Nationalstaaten. ›Supranationalität‹, nicht ›Subsidiarität‹ war sein Stichwort, sein Ziel. Und das galt letztlich auch für Jacques Delors, den anderen großen, Europa prägenden Kommissionspräsidenten. Auch er kein Politiker, kein in erster Linie gewählter Mann, kaum erfahren in

den Mühsalen demokratischer Prozesse und störrischer nationaler Mentalitäten (wenn man von seiner kurzen Mitgliedschaft im Europäischen Parlament von 1975 bis 1981 absieht). Beide, Hallstein und Delors, vertraten juristisch konstruierte Konzeptionen und waren getrieben von der Überzeugung, nur ein großes, europäisches Staatsgefüge könne dem wachsenden internationalen Wettbewerb anderer Großmächte gewachsen sein. Man könne also – etwas salopp gesagt – Europa bauen, als sei es ein Legokasten. Die Europäische Union ist aber kein kulturelles Projekt – wo es viele Gemeinsamkeiten gibt –, sondern ein politisches, wo Unterschiede in Geschichte, Mentalität und Strukturen erheblich sind.

Schon die pauschale Blickweise auf vereinheitlichte ›Größe‹ war in dieser Allgemeinheit vermutlich rückwärtsgerichtet. Hallstein konnte natürlich damals noch nicht die tief greifenden Veränderungen der Globalisierung und des diese treibenden Internets (und deren Kommunikationsgeschwister) berücksichtigen; Delors schon eher. Globalisierung ist ein evolutionärer Prozess und hat als solcher inzwischen die Bedeutung der Größe eines Staates relativiert und durch die Fähigkeit zur Flexibilität ersetzt. In mancher Beziehung – wie übrigens oft in der Evolution – kann Größe dabei sogar hinderlich sein. Das Tempo der wissenschaftlichen und weltwirtschaftlichen Veränderungen jedenfalls erlaubt gegenwärtig ganz offenbar kleineren Einheiten eher eine erfolgreichere Entwicklung. Die Hitliste der Wettbewerbsfähigkeit verschiedener Industriestaaten etwa nennt 2012 unter den besten fünf diese Reihenfolge: Schweiz, Singapur, Finnland, Schweden und die Niederlande. Dann erst folgt Deutschland und darauf dann die USA. Zufall? Die Frage ist also: Größe für welche Aufgabe, Dezentralität für welche anderen Aufgaben.

Die Schlussfolgerung aus dieser Erfahrung lautet aus meiner Sicht: Belasst im Prozess der Globalisierung, auch um der Flexibilität willen, möglichst viel Verantwortung bei den kleineren Einheiten, also heute bei den Nationalstaaten. Denn je mehr Verantwortung diese tragen, desto flexibler und demokratischer bleibt das ganze ›System Europa‹.

Dieser Grundsatz gilt übrigens immer, wenn Staaten mit langer Geschichte, wenn Gemeinschaften verschiedener Sprache, Religion und sozialer Tradition sich miteinander zu einem Bund zusammenfinden sollen. Hier ist dann in Zeiten der Globalisierung nichts wichtiger als eine klare Begrenzung der Aufgaben, die auf zentraler



Ebene geordnet werden sollen. Die Frage, was in Europa auf lokaler, was auf regionaler Ebene, was von den Nationalstaaten und was gemeinsam, also zentral, zu entscheiden und zu verantworten sei, wird aber heute für Europa nicht im Systemverständnis geklärt. Nicht ohne Grund beherrschen in den USA, in der Schweiz, in Kanada usw. – also in föderal organisierten Staaten – Fragen des Föderalismus den innenpolitischen Dialog. Auch Deutschland hatte ja im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts zwei bedeutsame Föderalismuskommissionen; streitig, aber dann doch sehr produktiv: Klarere Abgrenzungen der Verantwortungen, zum Beispiel für das Bildungswesen, und deutlichere Verantwortungen für die Finanzen (etwa durch die Einführung der Schuldenbremse) waren unter anderem das Ergebnis.

Wenn aber diese Analyse stimmt, nämlich dass in der sich evolutionär entfaltenden Globalisierung Flexibilität eine zentrale Voraussetzung für das soziale Überleben sein wird und dass Flexibilität ohne ständige demokratische Rückkoppelung wiederum nicht denkbar ist, dann müssen wir auch den institutionellen Aufbau und die Integration der Europäischen Union in erster Linie aus dieser Sicht entwickeln. Das wiederum heißt, Europapolitik sollte so viel wie irgend möglich bei den Mitgliedsstaaten belassen, weil nur eine Politik der auf die Besonderheiten der Nation angepassten Maßnahmen eine erfolgreiche Politik für Industrie, Dienstleistung, Arbeitsrecht und Sozialpolitik in Europa ermöglicht. Nur in der ›Subsidiarität‹ kann Europa den internationalen Wettbewerbsbedingungen erfolgreich entsprechen. Wer nämlich – um nur zwei Beispiele zu nennen – versuchen würde, schwedische mit italienischer Sozialpolitik oder deutsche mit französischer Industriepolitik zu fusionieren, der müsste heute – und auf jede absehbare Zeit – scheitern und würde im Scheitern schließlich Europa zerstören. Für Außenwirtschaft und Verteidigungspolitik zum Beispiel würde etwas anderes gelten.

Die Krise hat uns also an eine bedeutsame Wegscheide geführt: Soll die Zukunft mehr europäische Zentralität erbringen, wirklich sozialpolitisch, wirtschaftlich und haushaltspolitisch ›Vereinigte Staaten‹ schaffen, dann auch mit weitreichender, gemeinsamer Haftung für die Schulden aller Mitgliedsstaaten in europäischer Solidarität, oder braucht ein leistungsfähiges, demokratisches Europa die Nationalstaaten als Basis politisch akzeptierter, also demokratisch legitimierter Verantwortung unter einem föderativen europäischen Dach? In Schlagworten:

›Vereinigte Staaten von Europa‹ oder Europa als ›Vaterland der Vaterländer‹: Diese Frage steht hinter allen gegenwärtigen europäischen Debatten und Streitfragen.

Wenn wir diese Debatte offen, aufrichtig und selbstkritisch führen, dann müssen wir zuallererst bereit sein, die notwendigen Schlüsse aus der Eurokrise zu ziehen: Der Euro in dieser Form zum damaligen Zeitpunkt mit dieser Mitgliedschaft war ein schwerwiegender Fehler – den Euro heute aufzugeben wäre es allerdings auch. Wenn wir nun die bitteren gegenwärtigen Erfahrungen der Eurozone nicht verstehen und nicht daraus lernen, sondern – wie kürzlich zum Beispiel Jürgen Habermas oder die Europa-Abgeordneten Cohn-Bendit und Verhofstadt – ein von dieser Erfahrung ungetrübtes »weiter so und nun erst recht« postulieren, dann handeln wir unprofessionell und leichtfertig. Können diese Freunde Europas denn die zentrifugalen Kräfte nicht erkennen, die heute sogar zu einem neuen Separatismus innerhalb der Nationalstaaten führen? Vielleicht sollten diese gutwilligen Enthusiasten, die immer weitere Zentralisierung und immer neue Aufgaben und Kompetenzen für Kommission und Europäisches Parlament verlangen, auch einmal auf einige sozialwissenschaftliche Daten blicken: Da stellte zum Beispiel das Allensbacher Institut im Oktober 2012 die Frage, wo der deutsche Bürger meint, keinerlei Einfluss zu haben: Bei lokalem Geschehen sind es nur 14 Prozent, bei Entscheidungen auf europäischer Ebene aber 75 Prozent! Und wollen wir dann, gute Demokraten, die wir doch auch sein sollten, immer mehr Zuständigkeiten an Kommission und EU-Parlament übertragen und so dem Einfluss der Bürger entziehen? Wo wären dann Mehrheitsentscheidungen eines aus 27 Staaten zusammengesetzten Parlaments eine befriedigende Antwort für deutsche Bürger? In welchen Aufgabenbereichen?

Wenn wir die Ursachen der Eurokrise aber verstehen, dann kann die Krise Europas uns sogar voranbringen. Denn nun sind wir gezwungen, die Folgen der Globalisierung für unsere Gesellschaften und die daraus resultierenden Konsequenzen für den institutionellen Aufbau unseres Kontinents zu überdenken. Erfolgreich werden wir dabei allerdings nur sein, wenn wir die wahren Ursachen der Krise verstehen, wenn wir die Krise nicht auf Banken und Rating-Agenturen schieben, sondern erkennen, dass wir selbst die Ursachen geschaffen haben. Und das heißt: Die Wurzeln der Krise waren nicht Banken, sondern ein Euro, der eine leichtfertige Vernachlässi-



gung der historischen und mentalen nationalen Unterschiede im Prozess der europäischen Integration mit sich brachte.

Denn es war diese Missachtung der großen Unterschiede, die dazu führte, dass einige Mitgliedsstaaten nach der Euro-Einführung, weil sie nämlich ihre alte Gewohnheit der Wechselkursanpassung durch Abwertung nicht mehr ausüben konnten, nicht die politische Kraft hatten, nun durch Reformen mit den Anforderungen der Globalisierung Schritt zu halten. Stattdessen erlagen sie der süßen Verlockung niedriger Zinsen im Euroraum, verloren Wettbewerbsfähigkeit und häuften Schulden über Schulden. Wer aber Mitglied einer weltoffenen EU bleiben will, der muss die für eine Wirtschaft in der Globalisierung notwendigen innenpolitischen Anpassungen jetzt schmerzhaft und eilig nachholen.

Was muss also in der drängenden Euro-Frage geschehen? Zunächst bleibt es dabei, dass die bisher mit Schulden überdeckten Anpassungsnotwendigkeiten nicht durch neue Schulden erleichtert werden können. ›Austerity‹, Schuldenbegrenzung, ist ein erster, unerlässlicher, wenn auch schmerzhafter Schritt. Dieser Schritt der ›Schuldenbremse‹ muss aber von Reformen begleitet werden, die wieder eine internationale (nicht nur innereuropäische!) Wettbewerbsfähigkeit jedes einzelnen Mitgliedsstaates herstellen. Sodann muss ein System der Fiskalkontrolle so umgesetzt werden, dass man zwar die in den nationalen Haushalten verankerte Notwendigkeit einzelner Anpassungsschritte bei den Mitgliedsstaaten belässt, denn nur sie können die konkreten Schritte demokratisch umsetzen; aber im Haushaltsvolumen selbst muss es wirksame Disziplinierungen durch zentrale Institutionen der EU geben. Der Vorschlag, ein Finanzkommissar könne einen überbordenden nationalen Haushalt pauschal verwerfen, erscheint insofern vernünftig. Aber am Ende muss auch für nationale Schulden eine nationale Haftung bestehen. Und das wird nur durch die organisierte Möglichkeit einer Insolvenz von Mitgliedsstaaten der Eurozone erreichbar sein. Diese Drohkulisse ist noch immer das beste Instrument für ein Bewusstsein eigener staatlicher Verantwortung.

Wenn das alles in der Eurozone geordnet sein wird, dann allerdings steht im Notfall einer gegenseitigen Solidarität nichts im Wege. Aber diese kann es eben nur im Ausnahmefall geben: Eine nationale Haushaltssouveränität neben unbegrenzter solidarischer Haftung für die Schulden anderer Mitgliedsstaaten wäre ein Unding.

Ich sagte es bereits: Für das Dach Europa, für die Europäische Union, bleiben dann noch immer viele große Aufgaben: Außenwirtschaft, Verteidigung, Binnenmarkt, Wettbewerbsregeln, Verkehrsregeln, Energiesicherheit, Umweltschutz usw.: Hier und in vielen anderen Bereichen ist gemeinsames Handeln nützlich und notwendig. Aber wer glaubt, man könne in der Europäischen Union die Einzelheiten der Sozialpolitik, der Lohnpolitik, der Forschungspolitik, der Technologiepolitik oder gar die Steuerung der nationalen und regionalen Konjunkturen vergemeinschaften, der hat weder das nationale Beharren noch die Produktivität dieses Beharens begriffen. Eine europäische Sozialpolitik zum Beispiel würde Europa unregierbar machen.

Europa ist eine Flotte im Verbund. Aber nicht der Wind bestimmt die Richtung des Schiffes, sondern das Segel, wie man es setzt. Und wenn die Staatsschiffe der Union so verschieden groß und historisch auch so unterschiedlich gebaut sind, wie wir sie heute vor uns sehen, dann müssen auch diese Schiffe im Sturm der Globalisierung ihre Segel unterschiedlich setzen – um im großen Verband sicher in derselben Richtung fahren zu können.

* Gekürzte Fassung des Vortrags anlässlich der Festsitzung zum Einsteintag der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften in Potsdam am 30. November 2012